

Ärzte auf dem Absprung

Unter Jacques de Haller politisiert die -Ärztegesellschaft FMH stramm links. Immer mehr Mediziner -ärgern sich darüber und wenden sich dem Gewerbeverband zu. Von Alex Reichmuth

Die Nationalratskandidatur für die SP von Ärztepräsident Jacques de Haller hat bei vielen Medizinerinnen das Fass zum Überlaufen gebracht. Es gehe nicht, dass ein «Antikapitalist» die Ärztevereinigung FMH im Nationalrat vertrete, ärgerte sich der Luzerner Arzt Hans-Robert Naef in der Schweizerischen Ärztezeitung. «Wenn Sie die Demokratie Ihrer Mitglieder nicht aushebeln wollen, veranstalten Sie eine Urabstimmung, um herauszufinden, wer von uns Mitgliedern Sie wirklich noch will, mit oder ohne Nationalratsgelüste», schlug er de Haller vor. Christian Gerber, Präsident der Schweizerischen Gesellschaft für Orthopädie und Traumatologie, forderte in einem offenen Brief gar de Hallers Rücktritt als FMH-Präsident, sollte er an der Nationalratskandidatur festhalten.

Der Linkskurs der FMH unter de Haller sorgt schon seit längerer Zeit für Ärger bei vielen Medizinerinnen. Die FMH unterstützt nicht nur die Hausarzt-Initiative, die eine staatlich geplante Versorgung anstrebt, sie sprach sich auch für die linke Initiative zum Schutz vor Waffengewalt aus. Zudem trägt sie die Volksinitiative «Für Transparenz in der Krankenversicherung» mit, die verbietet will, dass Krankenkassen gleichzeitig die Grund- und Zusatzversicherungen anbieten. De Haller selber plädiert öffentlich für eine staatliche -Einheitskasse. Sauer stösst vielen Ärzten die Unterstützung durch die FMH für die Managed-Care-Vorlage auf, die die medizinische Versorgung in Gemeinschaftspraxen zum Ziel hat. «Die FMH als sogenannte Standesvertretung der Ärzteschaft ist beim kühnsten -Angriff der Politik auf den Arztberuf paralytisch durch einen Präsidenten, der nicht mehr zwischen seiner eigenen politischen Karriere und den Interessen der Ärztinnen und Ärzte unterscheiden kann», kommentierte der -Verband der praktizierenden Ärzte (FMP) die Unterstützung der Managed-Care-Vorlage.

Verärgert ist auch Markus Trutmann vom Verband der chirurgisch und invasiv tätigen Ärzte (FMCH): «De Haller setzt seine eigene -Politik durch und hat die FMH auf SP-Kurs -getrimmt.» Es spiele eine linke Allianz zwischen der FMH und der Konferenz der kantonalen -Gesundheitsdirektoren (GDK) unter dem waadtländischen Gesundheitsdirektor Pierre-Yves Maillard (SP), sagt Trutmann. Die SP übe über die FMH und die GDK einen dominanten Einfluss auf die Gesundheitspolitik aus. Eine zentrale -Rolle komme dabei SP-Nationalrätin Jacqueline Fehr zu, die eng mit de Haller verbunden sei.

Bei der FMP hat man jetzt genug vom Linkskurs des Dachverbandes FMH und von immer mehr staatlichem Dirigismus in der Medizin: Der Fachverband hat beim

Schweizerischen Gewerbeverband (SGV) ein Beitritts-gesuch deponiert. Brisant ist das darum, weil der SGV völlig andere Ziele verfolgt als die Ärztedachorganisation FMH. Der SGV will den Vertragszwang zwischen Krankenkassen und Leistungserbringern (Ärzte, Spitäler) abschaffen und lehnt eine Einheitskasse strikt ab.

Auch andere Ärzteorganisationen suchen die Nähe zu den Gewerblern. Laut SGV-Direktor Hans-Ulrich Bigler verhandelt die Konferenz der Kantonalen Ärztesgesellschaften über einen Beitritt zum SGV. Die Ärztesgesellschaft Thurgau, die Gesellschaft der Ärztinnen und Ärzte Solothurn und der Aargauische Ärzteverband sind vor kurzem den Gewerbeverbänden ihres Kantons beigetreten. Die Ärztesgesellschaften Bern, Luzern und Graubünden sind dort schon länger dabei. Begründet werden die Mitgliedschaften jeweils damit, dass sich viele Ärzte als Kleinunternehmer sähen und damit in einer ähnlichen Lage seien wie klassische Gewerbler – was nichts anderes bedeutet, als dass man -gegen einen staatlichen Dirigismus im Gesundheitswesen ist, wie ihn die FMH anstrebt.

«Kein Misstrauensvotum»

FMH-Präsident Jacques de Haller bestreitet -einen gewissen Linkstrend der Ärztesvereinigung nicht. Die Ärzteschaft sei heute heterogener und weniger bürgerlich geprägt als -früher – dem trage man Rechnung. «Die Hauptanliegen der Ärztesgesellschaft werden heute vor allem von linken Parteien getragen.» De Haller glaubt nicht, dass seine Kandidatur die Ursache der Differenzen ist, auch wenn er mit einigen sehr «emotionalen» Reaktionen konfrontiert sei. Die Mitgliedschaft verschiedener Fach- und Kantonalorganisationen bei den Gewerblern ist für ihn kein Misstrauensvotum der FMH gegenüber.

Die Ärzteschaft sei heute so heterogen und fragmentiert, dass die FMH gar keine allgemeingültigen Interessen von Ärzten mehr vertreten könne, sagt ein erfahrener Berater im Gesundheitsbereich, der nicht genannt sein will. Der Streit um die SP-Kandidatur von -Jacques de Haller sei lediglich ein «Stellvertreterkrieg», um diesen Nicht-Konsens zu verbergen. Es stünden sich insbesondere ältere Freiberufler und jüngere, linksorientierte Spitalärzte gegenüber, zum Teil auch Spezialisten und Grundversorger. Erfolgreiche Ärzte mit eigener Praxis hätten im Gegensatz zu den angestellten Ärzten kein Interesse an staatlichen Interventionen, meint der Berater.



«Eigene Politik durchgesetzt»: Ärztepräsident de Haller.

© Die Weltwoche